

Weisungen nach dem Zufallsprinzip?

Das Kloster Michelsberg soll verkauft werden? Als dieses Gerücht die Runde machte, war die Empörung groß. Von Verkauf ist nun nicht mehr die Rede, die Aufregung hat sich gelegt. Aber nicht nur an diesem Beispiel wird es deutlich: Bei vielen Entscheidungen der Sozialstiftung – sei es der Klosterverkauf, sei es der Bau einer Zentralküche, sei es die Übernahme der Schellerer-Klinik – wundern sich die Bürger und Bürgerinnen, was der von ihnen gewählte Stadtrat so alles beschließt. Doch der Stadtrat ist damit gar nicht befasst! Wie wenig das demokratisch gewählte Gremium mit den Entwicklungen in Klinikum, Nervenklinik und Altenheimen tatsächlich zu tun hat, deckte nun eine Anfrage der GAL-Stadtratsfraktion auf.

Seit das Klinikum am Bruderwald, die Nervenklinik und die Altenheim Bürgerhospital und Antonistift nicht mehr städtische Eigenbetriebe sind, sondern in eine Stiftung umgegründet wurden, geht die demokratische Kontrolle dieser Betriebe gegen Null. Laut Stiftungssatzung gibt es zwar einen Stiftungsrat, der mit StadträtInnen besetzt wird, diese dürfen aber der Öffentlichkeit gegenüber nicht über Interna berichten – ohnehin sind alle Sitzungen dieses Stiftungsrats nichtöffentlich, also für die Presse nicht zugänglich.

In der Satzung der Sozialstiftung bestimmt der § 10 für bestimmte Fälle eine Weisungsbefugnis des Stadtrats gegenüber den Stiftungsratsmitgliedern. Doch dieser Fall ist seit Gründung der Sozialstiftung im Jahr 2003 noch kein einziges Mal eingetreten, Weisung wurde also nie erteilt. Nachdem die GAL-Stadträtin Ulrike Heucken mehrmals im Stiftungsrat angemahnt hatte, dass der Stadtrat beteiligt werden müsse, stellte die GAL jetzt eine Anfrage, wann § 10 denn überhaupt in Kraft treten würde – und bekam eine juristisch spitzfindige, aber politisch wenig brauchbare Antwort.

Zentralküche: Weisung versäumt

Klar äußerte sich die Stadtverwaltung zur GAL-Frage nach dem Bau einer Zentralküche. Diese Investitionsmaßnahme war Bestandteil des Wirtschaftsplans und wäre somit laut § 10 eindeutig einer Weisungsbefugnis durch den Stadtrat unterworfen gewesen. Der Stadtrat hätte diese also in Anspruch nehmen können, wurde aber zu keinem Zeitpunkt informiert – man hatte es einfach nicht für nötig befunden. Eine Weisung fand nicht statt, die Zentralküche wurde gebaut – der Käse ist damit gegessen.

Interessant ist auch die Satzungsinterpretation in Bezug auf die Gründung von Tochterunternehmen und sozialstiftungseigenen GmbHs und hinsichtlich der Übernahme der Schellerer-Privatklinik. Die Gründung von Unternehmen ist nach Lesart der Juristen im Rathaus noch nicht einmal Sache des Stiftungsrats, sondern kann vom Stiftungsvorstand eigenmächtig vorgenommen werden. Stiftungsvorstand ist der Oberbürgermeister, de facto erfüllt

diese Funktion aber der Geschäftsführer der Sozialstiftung, Xaver Frauenknecht. Lediglich bei den Kosten solcher Aktionen gibt es eine Einschränkung: Sind mit neuen oder angekauften Betrieben finanzielle Verpflichtungen von über 250.000 Euro verbunden, dann muss der Stiftungsrat zustimmen und der Stadtrat hat Weisungsbefugnis.

Trick: Aus eins mach zwei

Aber gerade in diesem Punkt hatte man die Übernahme der Klinik Schellerer der Satzungsregelung geschickt angepasst: Für die Privatklinik und die dortige Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums ging die Sozialstiftung zwei Bürgerschaften ein – jede in Höhe von 240.000 Euro, also



Die Sozialstiftung mauert sich ein.

Foto: Erich Weiß

knapp unter der vorgegebenen Grenze. Stiftungsrat und Stadtrat konnten außen vor bleiben.

Umgangen wird auf diese Weise – juristisch korrekt und politisch trickreich – eine öffentliche Diskussion und Information darüber, wie diese ursprünglich städtischen Einrichtungen arbeiten. So ist es möglich, dass Kliniken und Altenheimen zunehmend rein marktwirtschaftlichen Zwängen unterworfen werden. Gesundheitspolitische, pflegepolitische und arbeitsmarktpolitische Fragen bleiben außen vor, werden weder im Stiftungsrat noch im Stadtrat und auch in der Öffentlichkeit nicht diskutiert.

Immerhin hat die GAL bei der Behandlung ihres Antrags erreichen können, dass der Geschäftsführer der Sozialstiftung ein Verfahren entwickeln soll, bei dem der Stadtrat automatisch über die Fälle informiert wird, in denen er weisungsbefugt ist. Das könnte zumindest ein Quäntchen mehr Transparenz in die Abgeschlossenheit der Sozialstiftungsmacht bringen. Aber Skepsis ist angebracht. Demnächst stehen weitere wichtige Entscheidungen an: über eine mögliche Fusionierung mit den Krankenhäusern des Landkreises und über die Zukunft der stiftischen Altenheimen.

Vetternwirtschaft auf Kosten der Stadt?

GAL hakt im Fall Warmuth nach: Kann ehemaliger Wirtschaftsreferent belangt werden?

Immer noch Klärungsbedarf sieht die GAL-Stadtratsfraktion bei der Affäre „Warmuth“.

Zur Erinnerung: Noch bevor der Kaliko-Ziegelbau neben der Konzerthalle saniert wurde, hatte die Stadt mit dem damaligen Betreiber der Konzerthallen-Gastronomie, Robert Warmuth, eine vertragliche Vereinbarung getroffen: Sobald der Ziegelbau im Rahmen eines Hotelneubaus saniert sein würde, sollte er auch diesen gastronomisch nutzen dürfen. Bei der Suche nach einem Investor und Hotelbetreiber für den Bau des Hotels stellte sich aber heraus, dass sich ernsthafte Interessenten nur finden würden, wenn diese auch die für den Ziegelbau vorgesehen Konferenzräume mit betreiben könnten. Dem war der Vertrag mit Warmuth im Weg. Deshalb ging die Stadt mit der Firma „Welcome“ einen zweiten Vertrag über die gastronomische Nutzung des Ziegelbaus ein. Aus dem Warmuth-Vertrag versuchte die Stadt herauszukommen, was Warmuth aber nicht akzeptierte – er erhob Klage auf Schadensersatz. Ein jahrelanger Gerichtsprozess folgte, der im vergangenen Jahr mit einem Vergleich endete:

Über 2 Mio Euro Schadensersatz muss die Stadt nun an Warmuth zahlen.

Damit ist der Rechtsstreit mit Warmuth zu Ende. Es bleibt allerdings die Frage: Wer ist dafür verantwortlich, dass die Stadt überhaupt eine solche Vereinbarung mit Warmuth getroffen und ihm dadurch einen so aussichtsreichen Vorteil verschafft hat – zu einer Zeit, als der Ziegelbau noch eine Ruine und weit und breit kein Investor für ein Hotel in Sicht war? Das riecht nach Protektion und „guten Verbindungen“ ins Rathaus ...

Bei der Beweisaufnahme im Prozess wurde auch beleuchtet, wie es zur Vertragsunterzeichnung mit Warmuth kam. Städtische Vertreter legten vor Gericht dar, dass der Vertrag zuvor im Aufsichtsrat der Stadthallen-GmbH vorbesprochen wurde. Auch in diesem Entwurf war vorgesehen, dass Warmuth die Ziegelbau-Gastronomie übernehmen sollte, jedoch mit der Einschränkung, dass sich das Projekt eines „Hotel garni“ verwirklichen lässt, mit anderen Worten, dass sich ein Hotelbetreiber ohne Anspruch auf die Ziegelbau-Gastronomie findet. Als aber Oberbürgermeister Herbert Lauer den

Vertrag unterschrieb, fehlte diese Einschränkung – was im Rechtsstreit mit Warmuth ein ganz wesentlicher Faktor wurde! Vorgelegt wurde dem OB der Vertragstext von dem damaligen Rechts- und Wirtschaftsreferenten Robert Gegenfurtner, bekanntlich ein Freund von Warmuth, mit der sinngemäßen Bemerkung „unwesentliche redaktionelle Änderung“.

Die GAL hält es für möglich, dass Gegenfurtner damit eine Dienstpflichtverletzung begangen hat und rechtlich dafür belangt werden kann. Es könnte auch ein Schadensersatzanspruch gegen den ehemaligen Wirtschaftsreferenten begründet sein, meint GAL-Vorstandsmitglied Ralf Dischinger, selbst Zivilrichter. Nach derzeitiger Sachlage müsse mindestens von grober Fahrlässigkeit und damit von einer Haftung Gegenfurtners ausgegangen werden.

Die GAL-Stadtratsfraktion hat deshalb den Antrag gestellt, zu prüfen, ob es Sinn macht und die Kosten wert ist, einen solchen Schadensersatzanspruch gegen Gegenfurtner zu stellen. Die GAL wird wieder berichten.

I N H A L T

Absahnen durch Abmahnen

Abmahn-Haie bringen das Mütterzentrum Känguruh in Bedrängnis.

Seite 2

Familie – gar nicht „weihnachtsheilig“

Im Gespräch mit der Familienbeauftragten Gisela Filkorn

Seite 3

Krise bei den Weiterbildungsträgern

Wer soeben noch Arbeitslosigkeit für den Arbeitsmarkt fit macht, kann bald selbst auf der Straße stehen.

Seite 3

Geld spielt keine Rolle

Die Euphorie für einen Hallenbad-Neubau lässt jede finanzpolitische Weitsicht vermissen.

Seite 5

Architektenwettbewerbe künftig mit Schere im Kopf?

Ist moderne Architektur im Weltkulturerbe Bamberg nicht möglich? Die Stadt hat ein Problem mit Bürgerbeteiligung und Vermittlung.

Seite 4

Unleserliche Handschrift

Der erste Haushalt des neuen OB Starke ist weder rot noch anders als bisher.

Seite 6

Krach macht krank

In lärmgeplagte Straßen in Bamberg muss bald etwas getan werden. Meinen jedenfalls neue EU-Richtlinien.

Seite 7

Grüner Film-Mittwoch

Die GAL lädt ein ins Odeon-Kino: Fünfmal politische, skurrile, kritische und/oder einfach schöne Filme.

Seite 8

Absahnen durch Abmahnen

Das Mütterzentrum Känguruh wird von professionellen Abmahn-Haien in die Zange genommen. Droht wegen Schadensersatzforderungen das Aus?



Känguruh-Kinder finden Abmahn-Haie „Bäh“. Foto: Erich Weiß

In Biberach gibt es zwei findige Herren Namens Jens Endl und David Rackov. Diese beiden haben sich den Begriff „Thai-Do“ beim Deutschen Patentamt markenrechtlich schützen lassen. „Thai-Do“ bezeichnet, eine Art Mischung aus Aerobic, Kickboxen und Kampfsport, die von

Endl und Rackov angeblich „erfunden“ wurde und jedenfalls von ihnen vermarktet wird.

Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, allerdings scheint die „Vermarktung“ vorwiegend darin zu bestehen, dass Endl und Rackov, vertreten durch die Kanzlei Bayh und Fingerle aus

Stuttgart, reihenweise jeden abmahnen, der die Worte „Thai-Do“ im Zusammenhang mit seinen Sportkursangeboten verwendet – sei es auch nur aus Unkenntnis und nur ein einziges Mal. Weil Abmahnen zugleich Absahnen ist – wer erfolgreich abmahnt, kann vom Abgemahnten nach (noch) geltendem deutschem Recht oft saftige Schadensersatzbeträge kassieren – ist so etwas recht lukrativ. Und in Zeiten des Internet sind ahnungslose Markenrechtsverletzer schnell gefunden.

Genau das ist – wie auch vielen kleinen Sportvereinen überall in Deutschland – dem Mütterzentrum Känguruh e.V. passiert. Das seit 1992 bestehende, in der Nürnberger Straße 108k ansässige Familienselbsthilfe-Projekt hat neben zahlreichen offenen Treffs auch ein vielfältiges Dienstleistungs- und Kursangebot. Im Herbst/Winter war im Känguruh-Programm ein „Thai-Do-Aerobic Kickboxing-Kurs“ aufgeführt und auch im Internet zu finden. Für den Kurs interessierten sich ganze fünf TeilnehmerInnen – und nun auch die Kanzlei Bayh und Fingerle.

Über 1000 Euro Schadensersatz?

Die Anwälte verlangten mit Schreiben vom 12.05.2004 vom Känguruh wegen Verletzung der Marke „Thai-Do“ die Ab-

gabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung sowie 1.670,40 Euro Schadensersatz. Als „großzügige“ Alternative wurde angeboten, mit Endl und Rackov einen Lizenzvertrag abzuschließen (24 Monate zu je 60 Euro, also 1.440 Euro) und zusätzlich (!) 1.160 Euro Schadensersatz zu bezahlen.

Die Känguruh-Frauen fielen aus allen Wolken, denn das Känguruh hatte nur die Räume zur Verfügung gestellt und außer ein paar Euro Unkostenbeitrag für die Raumnutzung nichts bekommen – die Kursgebühren, insgesamt 200 Euro, waren wie üblich der Kursleiterin zugeflossen. Die Bezeichnung als „Thai-Do-Aerobic Kickboxing-Kurs“ hatte die Kursleiterin gewählt – ohne allerdings zu ahnen, was sie damit auslösen würde.

Bundesweite Abmahnwelle

Dass Endl und Rackov offenbar gerade eine bundesweite Abmahnwelle loslassen, lässt sich dem Internet entnehmen. Dort wird unter anderem vom Badischen Sportbund Nord e.V., vom Bayerischen Landes-Sportverband e.V. und vom Landessportbund Niedersachsen e.V. vor der Verwendung des Begriffs „Thai-Do“ gewarnt.

Die Känguruh-Vorstandsfrauen schickten die unterzeichnete Unterlassungserklärung zurück; die Zahlung des geforder-

ten Schadensersatzes lehnten sie jedoch ab, schon aus Geldmangel.

Danach herrschte lange Zeit Ruhe, und es kam Hoffnung auf, die Angelegenheit sei ausgestanden – bis Ende Oktober 2006 der nächste Brief aus Stuttgart einging. Endl und Rackov forderten „zur Vermeidung eines Rechtsstreits“ einen Betrag von 1.000 Euro als Schadensersatz, zuzüglich 211,25 Euro Rechtsanwaltskosten.

Und als das Känguruh sich wiederum weigerte, weil es ein gemeinnütziges Familienselbsthilfe-Projekt ist, das ganz und gar ehrenamtlich organisiert ist, keine Gewinne erzielt und außer gebrauchtem Spielzeug und ein paar Möbeln nichts hat, kam im Januar 2007 der gerichtliche Mahnbescheid: Endl und Rackov wollen insgesamt 1.870,79 Euro geltend machen.

Ob sie den Prozess tatsächlich durchziehen, wird sich zeigen.

Existenz gefährdet

Das Mütterzentrum Känguruh ist entschlossen, nicht klein beizugeben. Es wird allerdings ernsthaft in seinem Bestand gefährdet, falls Endl und Rackov das Verfahren vor dem Landgericht Stuttgart fortsetzen und gewinnen sollten. Mit Anwalts- und Gerichtskosten kann leicht eine Summe von mehr als 5.000 Euro zusammenkommen. Dann befürchten die Känguruh-Frauen das Ende einer Einrichtung, die jede Menge Raum für Begegnung, Austausch und Kommunikation bietet und dank öffentlicher Zuschüsse, Spenden und dem unermüdeten Einsatz der Ehrenamtlichen preisgünstige und kostenlose Angebote für Familien macht.

www.gal.bamberg.de

Was macht eigentlich die Frauenkommission? Warum sieht die GAL eine „Rückkehr“ des Domschatzes nach Bamberg kritisch? Wie ist die geplante Jungbürgerversammlung als erste Wahlkampfkommunikation des SPD-Oberbürgermeisters Starke zu verstehen? Dies und vieles mehr, was im Stadtrat so passiert, können Sie nun auf der Homepage der GAL lesen – mehr Transparenz also in der Kommunalpolitik – unter der Rubrik „Stadtrat aktuell“. Klicken Sie hin!

Best of GAL

Anträge und was aus ihnen wurde

Meckern im Rathaus erwünscht

Steter Tropfen höhlt den Stein – in diesem Fall die Rathausmauern. Mit schöner Regelmäßigkeit wiederholte die GAL in den letzten Jahren den Vorschlag, ein Beschwerdemanagement im Rathaus einzurichten. In vielen Städten gibt es das bereits – keine neue Idee also. Dabei sollen Beschwerden von BürgerInnen im Rathaus systematisch aufgenommen, analysiert und bearbeitet werden.

Im Februar 2002 stellten wir diese Idee in der gaz 58 und bei einem öffentlichen GAL-Plenum vor, und eine Zeitungsanzeige der GAL propagierte während des Kommunalwahlkampfes einen „Ideen- und Meckertisch“. 2004 fragten wir in einem Antrag auf Sachstands-

bericht zur Verwaltungsreform ebenfalls diesbezüglich nach. Und natürlich war Beschwerdemanagement ein Bestandteil des Wahlprogramms von Ursula Sowa zur OB-Wahl 2006.

Oberbürgermeister Starke hat nun endlich die Idee umgesetzt. In seiner Bilanz der ersten 100 Tage im Amt erwähnt er am Rande und etwas verschämt, dass Anliegen der BürgerInnen neuerdings im Rahmen eines „Beschwerdemanagements professionell und ergebnisorientiert“ bearbeitet werden.

Prima, meint die GAL, nur zu, Herr Oberbürgermeister – und nicht so zaghaft! Aus Motzen Nutzen ziehen – das sollte auch im Bamberger Rathaus bald selbstverständlich sein.

Leserschelte und Redaktionschmunzeln

Noch nie erhielten wir so viele Leserreaktionen auf eine gaz wie auf die letzte Ausgabe im Juli/August 2006. Alle äußerten sich begeistert und amüsiert über unsere Persiflage auf den „neuen Fränkischen Tag“ – bis auf eine! Die stammt von der Geschäftsführung besagter Lokalzeitung und soll hier auch allen anderen gaz-LeserInnen zur Kenntnis gegeben werden, ebenso wie die Antwort der gaz-Redaktion an den Kollegen Jungbauer.

Sehr geehrter Herr Dr. Helmuth Jungbauer,

zeigen Sie „gefälligst“ Sportsgeist! Ihre geharnischte Reaktion auf unsere FT-Satire-Seite hat uns doch etwas verblüfft. Ehrlich gesagt, hatten wir gedacht, sie freuten sich über jede Leserreaktion auf den neuen Fränkischen Tag nach dessen Layout-Umstellung. Ob positiv oder negativ – so zumindest stand's ja geradezu als Appell in Ihrer Zeitung. Reaktion gut und schön, mögen Sie gedacht haben beim Anblick unseres „Fränkischen Tratsches“ – aber doch nicht satirisch! Das ist zu viel!!

Aber was darf Satire? Die-



se Frage muss offensichtlich in Deutschland immer wieder gestellt werden, und natürlich auch in Bamberg. Also wir meinen, sie darf (fast) alles. Auf jeden Fall eine Zeitung kritisieren und halt auch karikieren, die ihrerseits – in Bamberg ausgestattet mit einer Monopol-Position – jeden und alles kritisiert und

durch den Kakao zieht (freilich nicht so gekonnt wie wir).

Wir jedenfalls fühlen uns geehrt, dass die kleine gaz vom großen FT derart ge(t)adelt wird.

Übrigens erhielten wir sonst nur zustimmende Reaktionen auf unsere Satire. Unseren vernünftigen Lesern fühlen wir uns

verpflichtet, und deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig, als unsere Rubrik „Voll daneben“ fortzuführen (auf Seite 5 lesen Sie mehr) – aber nur, wenn's Ihnen „gefälligst“ recht ist.

Ja? Danke! Dann wollen wir nichts gesagt haben.

Ihre gaz-Redaktion

Gut zum Fuß – gut zur Umwelt !

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo – Fr 9.30 – 18.30 h Sa 9.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof



Im Gespräch mit Gisela Filkorn

Familie – gar nicht „weihnachtsheilig“

Die 99Z sprach mit Gisela Filkorn, der neuen Familienbeauftragten der Stadt Bamberg, über konkrete Ziele, Visionen und ihren Arbeitsalltag.

99Z: Die Familie ist derzeit in aller Munde und führt gewissermaßen die Hitliste der gesellschaftspolitischen Themen an. Seit dem letzten Sommer hat sogar die Stadt Bamberg eine Familienbeauftragte. Will man damit nicht einfach nur chic sein?
Filkorn: Nein, die Familienbeauftragte ist kein Feigenblatt – sonst würde ich das nicht machen. Im Übrigen gibt es dazu ja eine Vorgeschichte. Vor einigen Jahren hat die Stadt Bamberg an einem Projekt des Freistaats Bay-

„Mir geht es um konkrete und praktische Bedürfnisse.“

ern teilgenommen – übrigens auf Antrag der GAL: Es wurde ein „Kommunaler Familientisch“ eingerichtet, der sich aus interessierten Bürgern und Bürgerinnen und örtlichen Akteuren, die sich mit dem Thema Familie befassen, zusammensetzte. Daraus entstand dann der Familienbeirat als heute fest etabliertes Gremium, das den Stadtrat berät und Sprachrohr der Bamberger Familien ist. Und hier wiederum wurde die Idee gebo-

ren, eine Familienbeauftragte zu benennen.

99Z: Was sind Ihre Ziele als Familienbeauftragte?

Filkorn: Ich möchte die Bedeutung von Familie in die Köpfe der Leute bringen. Insofern finde ich die politische Diskussion nicht chic, sondern überlebensnotwendig. Denn Familie ist die Basis unserer Gesellschaft, hier wachsen die zukünftigen Arbeitnehmer, Beitragszahler und Konsumenten heran. Nur leider ist es in unserer Gesellschaft

so, dass Kinderlosigkeit belohnt wird und dass Leute, die viel Zeit und Geld in Kinder investieren, abgestraft werden. Aber ich möchte Familie auch aus so einem gewissen „weihnachtsheiligen Dunstkreis“ herausbringen. Mir geht es um die Anerkennung ganz konkreter und praktischer Bedürfnisse. Unternehmen z.B. realisieren das zunehmend: Sie erkennen, dass sie gute Arbeitskräfte dann bekommen, wenn ihr Betrieb und auch der Ort ihres Betriebes familienfreundlich ist.

99Z: Wie sieht ihr Arbeitsalltag aus?

Filkorn: Ich unterstütze die Arbeit des Familienbeirats, gebe Anregungen, greife Impulse auf und vernetze diese mit städtischen Stellen und anderen Institutionen. Ich erledige Bürgeranfragen und halte Kontakt zum Bündnis für Familie in Berlin und in der Metropolregion Nürnberg. Konkrete Projekte, an denen ich derzeit arbeite sind z.B. der gerade neu erschienene Familienratgeber, den ich mit anderen zusammengestellt habe. Dann bin ich dabei, mit vielen anderen Akteuren aus der Region eine „Bamberger Allianz Familien und Unternehmen“ ins Leben zu rufen, bei der es um mehr familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz geht. Ich beteilige mich daran, die Familienfreundlichkeitsprüfung in der Stadt Bamberg konkret umzusetzen. Zudem biete ich neben meinen regelmäßigen Bürgersprechstunden eine Willkommensberatung für neu zuzuzogene Familien an.

99Z: Das klingt eigentlich nach Fulltimejob.

Filkorn: Stimmt. Doch auch wenn es viel Arbeit ist und ich ehrenamtlich tätig bin, macht es

mir sehr großen Spaß – mehr als ich erwartet hätte.

99Z: Das hört sich an, als hätten Sie im Rathaus offene Türen eingerannt.

Filkorn: Mein erster Eindruck war tatsächlich überaus positiv. Alle Leute haben mich sehr aufgeschlossen empfangen. Sobald ich meine Anliegen dann konkret mache, wird es hie und da schon etwas schwieriger. Aber mit Nachdruck geht dann vieles, und bisher hat die Kooperation dann immer gut geklappt.

99Z: Stellen Sie sich das Jahr 2008 vor. Was wünschen Sie, dass sich bis dahin konkret verändert hat?

Filkorn: Dass die Bedürfnisse

„Ich wünsche mir für jeden Stadtteil ein Familienzentrum.“

der Familien in der städtischen Verwaltung und bei allen anderen Institutionen automatisch immer mitgedacht werden. Dass die „Allianz Familien und Unternehmen“ zustande gekommen ist und funktioniert. Und dass es mehr Krippen, Ganz-

tagsbetreuung und mehr Ferienbetreuungsangebote gibt.

99Z: Und was sind Ihre längerfristigen Visionen? Bitte auch konkret.

Filkorn: Ich würde mir für jeden Stadtteil ein Familienzentrum wünschen, das niederschwellige Unterstützungsangebote macht: beispielsweise von der Krabbelgruppe über ein Frauencafé bis hin zum Stadtteillohmarkt. Das kann ganz einfach mal ein Raum bei einem Kindergarten oder in der jeweiligen Kirchengemeinde sein. Einfach eine Stelle, wo Familien jederzeit unverbindlich hin können.

99Z: Ist Familie damit nicht auch ausgrenzend? Wer keine Kinder hat, hätte in so einem Zentrum nichts zu suchen, oder?

Filkorn: Überhaupt nicht. Das ist oft ein Missverständnis, dass die Interessen von Familien den Interessen von z.B. Senioren oder Jugendlichen entgegenstehen. Das Familienzentrum ist hier sogar ein gutes Beispiel. Als Stadtteilzentrum könnte es natürlich auch Raum für einen Senioren-Treff anbieten oder Hiphop-Tanzkur-



Gisela Filkorn, 54 Jahre, Mutter von zwei Söhnen, ist seit Juli 2007 Familienbeauftragte der Stadt Bamberg und wurde vom Stadtrat für ein Jahr gewählt. Außerdem ist sie Mitglied des Vorstands der Grün-Alternativen Liste GAL.

se für Jugendliche. Außerdem gibt es ohnehin Überschneidungen: Senioren suchen Familienanschluss als „Leihopa oder Leihoma“ und Jugendliche möchten gerne mal als Baby-Sitter einspringen. Ein solches Zentrum könnte auch gut genutzt werden, um Menschen mit Migrationshintergrund zu integrieren. Ich hoffe, dass mit der Zeit eine gute Vernetzung mit den anderen Beauftragten und Beiräten der Stadt Bamberg entsteht. Dann könnten alle ihre Interessen in solche Konzepte einbringen.

99Z: Vielen Dank für das Gespräch.

Bildung soll nix kosten!

Die Arbeitsmarktreformen führten zu einer Krise bei den Weiterbildungsträgern

14 Jahre arbeitete Roswitha Deinhart beim beruflichen Fortbildungszentrum der Bayerischen Wirtschaft (bfz) in Bamberg. Als Seminarleiterin unterstützte die Politologin vor allem benachteiligte Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, gab Deutschkurse und bereitete sie auf die Prüfungen bei der Handwerks- oder der Industrie- und Handelskammer vor. Doch im Herbst 2005 kam für sie selbst das Aus. Die heute 46-Jährige fiel einer Entlassungswelle zum Opfer – insgesamt wurden acht MitarbeiterInnen gekündigt, rund zehn Prozent der Belegschaft.

Noch 20 Jahre bis zur Rente

Deinhart musste sich auf eine unsichere Zukunft in der Freiberuflichkeit einstellen. Zwar sind es als Mittvierzigerin noch 20 Jahre bis zur Rente, doch auf dem Arbeitsmarkt gilt man/frau damit bereits als alt. Während eine ehemalige Kollegin auf Wiedereinstellung klagt, entschied sie sich für die Abfindung. „Wenn Du vor Gericht gehst, geht vielleicht das Mobbing los, das wollte ich mir ersparen“, sagt sie.

Ursache für die Entlassungen waren nach Darstellung des bfz die „drastischen“ Mittelkürzungen für Weiterbildungsmaßnah-

men der beruflichen Fortbildung durch die Bundesagentur für Arbeit und durch die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN), die seit Anfang 2005 für Bezahler von Arbeitslosengeld II (so genannte „Hartz IV“-Empfänger) zuständig sind. „Es war damals eine sehr problematische Umbruchzeit, die Arbeitsgemeinschaften befanden sich im Aufbau und gaben deutlich weniger Geld aus für Vermittlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen“, betont die Sprecherin des bfz Bamberg, Iris Schlaier.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sanken deren Ausgaben für Maßnahmen der beruflichen Fortbildung von 653 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 527 Millionen im vergangenen Jahr. BA-Sprecher Ulrich Waschki räumt ein, dass „der Markt für Bildungsträger durcheinandergewirbelt“ worden sei. Allerdings: „Das war früher einfach ein schöner Selbstbedienungsladen“, betont er auf 99Z-Anfrage. Seit Einführung von Arbeitslosengeld II gebe es eine modulare und kürzere Förderung. Einzelne Kurse würden nun genauer als früher auf ihre Effizienz überprüft. Wenn Bildungsträger in Schieflage gerieten, liege das daran, dass diese sich zu sehr auf die Agenturen als einzigem Auftraggeber verlassen hätten. „Unsere Aufgabe ist es aber nicht, Bildungsträger

zu finanzieren, sondern Menschen in Arbeit zu bringen.“

Rekordüberschuss bei der Bundesagentur

Während die Einsparungen bei der beruflichen Fortbildung im Haushalt der BA im vergangenen Jahr zu einem Rekordüberschuss von elf Milliarden Euro



Einsparungen der Bundesagentur für Arbeit sorgen für Kostendruck bei den Bildungsträgern und für Entlassungen

Foto: Erich Weiß

ro beitragen, lösten sie jedenfalls bei den Bildungsträgern einen enormen Kostendruck aus. Die Folgen sind Entlassungen und „Arbeitsverdichtungen“. So werden die Kurse zeitlich verkürzt oder ihre Teilnehmerzahl erhöht. Langzeitarbeitslose wer-

den zunehmend von den drei ARGEN (Stadt Bamberg, Landkreis Bamberg und Forchheim) selbst vermittelt, Vermittlungsmaßnahmen, die zum Beispiel ein Profil des Bewerbers und ein Bewerbungstraining beinhalten, werden kaum noch an Bildungsträger vergeben.

Der Fachreferent für berufliche Weiterbildung bei der Ge-

werkschafter. Die Forderung der GEW laute: „Wir brauchen nicht mehr Deregulierung, sondern verbindliche Qualitätsstandards und einen Branchentarifvertrag mit geregelter Bezahlung.“

Keine Schamgrenzen mehr

Mit 1600 bis 2000 Euro brutto für eine Vollzeitstelle lägen die Einstiegsgehälter bei den Fortbildungsträgern inzwischen auf dem Niveau von Bauhilfskräften, kritisiert Weiß: „Die Arbeitgeber geben den Druck durch die Politik einfach an die Beschäftigten weiter.“ In einigen Betrieben gebe es „überhaupt keine Schamgrenzen mehr“, würden die Beschäftigten geschuriegelt und die Arbeit oder selbst die Gründung eines Betriebsrats massiv behindert sowie die Gehälter immer weiter zusammengestrichen.

Entscheidendes Kriterium bei Ausschreibungen von Bildungsmaßnahmen durch die Arbeitsagenturen oder die Arbeitsgemeinschaften sei inzwischen der Preis, nicht mehr die Qualität eines Anbieters oder die Sinnhaftigkeit der Seminare. „Was der einzelne Arbeitslose wirklich braucht, steht längst nicht mehr im Mittelpunkt“, betont der Ge-

werkschafter. Die Forderung der GEW laute: „Wir brauchen nicht mehr Deregulierung, sondern verbindliche Qualitätsstandards und einen Branchentarifvertrag mit geregelter Bezahlung.“

Doch ein Tarifvertrag für die gesamte Branche bleibt vorerst ein Wunschtraum der BildungsarbeiterInnen. Allerdings zumindest für die bfz-MitarbeiterInnen in Bayern dürfte es nach Weiß' Worten noch in diesem Jahr einen einheitlichen Tarifvertrag geben. Zwar habe sich die GEW in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern bei der Begrenzung des Einsatzes von Honorarkräften auf 20 Prozent des Unterrichtsvolumens nicht durchsetzen können, doch die Gespräche seien erfolgversprechend.

Für Roswitha Deinhart kommt der Tarifvertrag zu spät. Ihr Resümee zum Bildungstandort Deutschland fällt deprimierend aus: „Es ist paradox, wie wichtig Bildung in unserem Land angeblich ist, aber sie soll nix kosten!“

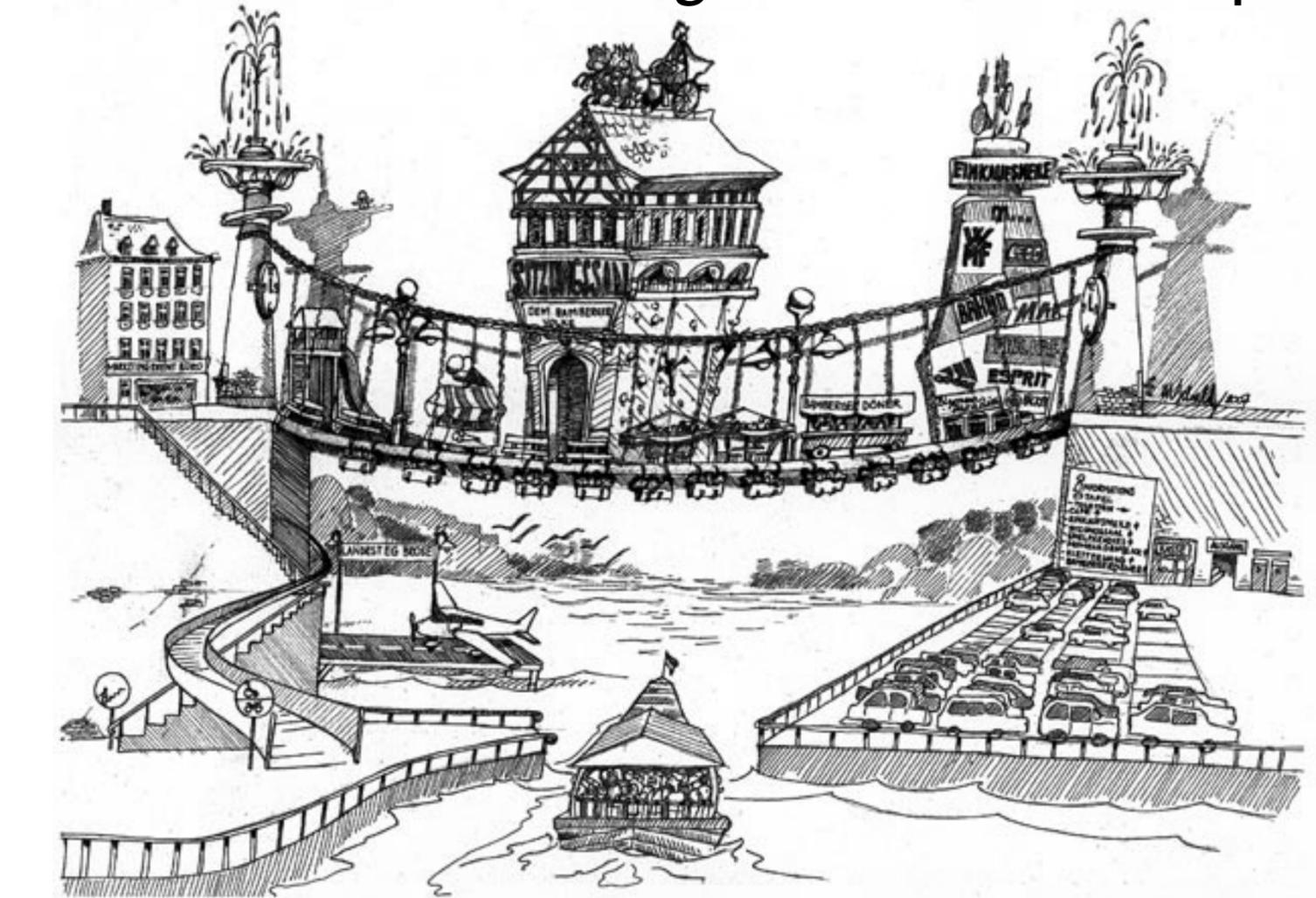
Kurt Meier Umzüge
 Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
 Tel. 09 51 / 20 22 76
 Nah- & Fernumzüge
 Entrümpelungen · Kleintransporte

Architektenwettbewerbe künftig mit Schere im Kopf?

Die harsche Kritik an den Siegerentwürfen zu den Unteren Mühlen und zur Kettenbrücke könnte ungewollte Nachwirkungen haben.

Der Neubau der Kettenbrücke und die geplanten Baumaßnahmen an den Unteren Mühlen haben die Bamberger Gemüter bewegt wie schon lange nicht mehr. Beide Male standen Entwürfe im Zentrum der Kritik, die aus Architektenwettbewerben entstanden waren. Beide Male verlangten nicht wenige Stimmen, bei den Neubauten auf historische Bauwerke zurückzugreifen, also historisierend zu bauen. Moderne Architektur scheint geradezu verpönt und wird am Stammtisch bis zur Unkenntlichkeit zerredet.

Kritik gab es auch schon bei bisherigen Wettbewerben mit modernen Ansätzen, wie etwa bei der Konzert- und Kongresshalle und dem benachbarten Hotel, oder bei den Baugebieten Ochsenanger und Mayerische Gärtnerei. Die Abwehr der Sieger-Entwürfe für Kettenbrücke und Untere Mühlen ist dagegen von anderem Kaliber. In Bausch und Bogen werden diese – freilich nicht von allen – als unpassend und unwürdig in einer Weltkulturerbestadt verurteilt. Und das hat möglicherweise nicht nur Nachwirkungen auf diese Bauprojekte, sondern auch auf die zukünftigen Architekturwettbewerbe, die Bamberg hoffentlich noch in Auftrag geben wird. Denn Architekten, die sich daran beteiligen, haben dann –



Kettenbrücke für alle – Kein Wunsch bleibt mehr offen bei diesem Entwurf, oder?

Karikatur: Maria Sebald

das steht zu befürchten – von vorneherein die Schere im Kopf. Wer den Eindruck hat, dass eine Stadt allzu moderne Formensprache, allzu gewagte Ideen, allzu außergewöhnliche Perspektiven nicht verträgt, wird pragmatischerweise mehr auf Althergebrachtes, Konventionelles und

Stromlinienförmiges setzen.

Das soll nicht heißen, dass man das starke Unbehagen, das modernes Bauen in der Altstadt vielen Menschen bereitet, nicht ernst nehmen sollte. Bamberg hat hier ein Vermittlungsproblem. Dazu der nebenstehende Kommentar von Ursula Sowa.

Forum Weltkulturerbe

URSULA SOWA

Miteinander von Architekten und Bürgern moderieren

Neues Bauen in Bamberg hat es wirklich nicht leicht.

Heftig bekämpft wird das Ergebnis des Architektenwettbewerbes an der Unteren Brücke, und auch die Ergebnisse der Kettenbrücke werden zwar in etwas milderem Licht gesehen, aber auch energisch diskutiert.

Woran liegt es, dass die Bamberger so unzufrieden sind? Verstehen die Architekten ihre Bürgerinnen und Bürger nicht mehr – oder umgekehrt? Warum werden die teuren Wettbewerbsergebnisse zum Folterinstrument und nicht zu einem Geschenk an die Bürger und zu einer Trophäe in der Metropolregion? Wie kommt es, dass die Ergebnisse am Stammtisch, auf einer Bürgerversammlung und auf den Internet- und Leserbrief-Seiten des Fränkischen Tages debattiert, kritisiert und demontiert werden?

Was fehlt, ist eine bürger-nahe Vermittlung der Wettbewerbsergebnisse, deren Qualität sich nicht von vornherein jedem erschließt. Das ist keiner Bürgerin und keinem Bürger vorzuwerfen. Moderne Werke im Bereich der Musik, des Theaters, der Literatur, des Tanzes lösen ähnliche Verständnisprobleme aus.

Und trotzdem kommt keiner auf die Idee, Urteile am Stammtisch als Kulturbarometer zu benutzen.

Bamberg hat also ein gehöriges Vermittlungsproblem. Was ist falsch gelaufen?

Der erste Schritt wäre gewesen, die Bürgerschaft rechtzeitig in die Planungen einzubeziehen – noch bevor die Wettbewerbskriterien abgefasst werden. Unsere Bürger und Bürgerinnen wissen am besten, welche Nutzungen wir auf der Kettenbrücke und an den Unteren Mühlen brauchen, welche Nutzungen eine Bereicherung sind und den Jetztzustand verbessern. Aber die Bürger wurden nicht gefragt. Ihnen wird zugemutet, sich mit den fertigen Ergebnissen abzufinden. Ein Versäumnis, das sich jetzt bitterlich rächt.

Um aus diesem Bamberger Dilemma herauszukommen, bleibt nur ein Weg. Die Stadtspitze muss sich bemühen, die Ergebnisse der Wettbewerbe in moderierten, sorgsam vorbereiteten Veranstaltungen so zu vermitteln, dass die Qualität der Entwürfe klar verständlich wird. Dazu gehört Mut, aber auch Sachkenntnis und Vorstellungsvermögen.

Im Falle der Kettenbrücke ist es noch nicht zu spät, Nutzungsvorstellungen der Bürger und Bürgerinnen für eine Brücke mit hoher Aufenthaltsqualität rund um das Jahr mit einzuplanen. Die drei ersten Preise eignen sich bestens für eine ergänzende Überarbeitung. Die Brückenkonstruktion bleibt unangetastet. Denkbar sind etwa temporäre Podien, Beleuchtungskörper, Materialien und Farbgestaltungen, Wind- und Sonnensegel, Verkaufsmöglichkeiten, Performanceplattformen, akustische Nischen und eine bessere Einbeziehung der Uferzonen.



Ursula Sowa war von 1990 bis 2002 Stadträtin der GAL, von 2002 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags

Jetzt umsteigen!
30, 50% oder 100% Heizkosten sparen –

das ist nur einer von vielen guten Gründen auf erneuerbare Energien umzusteigen. Wir zeigen Ihnen ausführlich die Möglichkeiten, von baulichen Voraussetzungen über Anlagen-ausführung bis hin zu aktuellen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten – bei Ihnen zu Hause, völlig kostenlos und unverbindlich. Übrigens unsere Überzeugung von Anfang an: Weg von Öl und Gas!

EBITSCH solartechnik

Seit 17 Jahren!
Ihr Spezialist für erneuerbare Energie!
Bamberger Str. 50 • 96199 Zapfendorf
Tel. 0 95 47 / 87 05 0 • www.ebitsch-solar.de

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Ökologische Farben, Putze & Dämmstoffe aus einer Hand

Geisfelder Straße 8 • 96123 Litzendorf
Tel: 09505/6173 • Fax: 09505/95 01 33

Luft anhalten – Geld spielt keine Rolle!

Größer – schöner – besser. Das scheint das Motto zu sein, wenn es um den Neubau eines Hallenbads in Bamberg geht. Das „teurer“, das man eigentlich ergänzen müsste, wird – wenn überhaupt – nur hinter vorgehaltener Hand geflüstert. Die Neubau-Lobby hat offenbar ganze Arbeit geleistet. Außer der GAL warnt keiner davor, sich unbedacht in weitere Millionenschulden zu stürzen – die Vorboten des Kommunalwahlkampfs 2008 schwimmen heran.

Der FT brachte es „auf den Punkt“: Geld darf bei diesem Projekt keine Rolle spielen. Und dieser Auffassung schließen sich Parteipolitiker, Sportfunktionäre und sonstige Bade-Lobbyisten bedenkenlos an. Was dabei vergessen wird: Ein schönes, neues Hallenbad, das für Freizeit, Schule und Sport gleichermaßen geeignet ist, mag zwar wünschenswert sein. Aber Kommunalpolitik ist nun einmal keine vorweihnachtliche Wunschzettelerstellung, die die finanziellen Realitäten souverän ignoriert.

Doch eine solche Haltung hat bei Großprojekten in Bamberg leider eine unguete Tradition: Konzerthallenbau und Theatersanierung mögen in diesem Zusammenhang als Stichworte genügen. In der abstrakten Sprache der Kämmerer schlugen sich diese Projekte als „strukturelle Defizite“ im Haushalt nie-

der. Mit der bekannten Folge, dass dieser Haushalt chronisch unterfinanziert ist und Investitionsprojekte von der Stadt aus eigener Kraft kaum zu schultern sind.

Deshalb sollen für den Neubau des Hallenbads – wieder einmal – die Stadtwerke als Geldesel herhalten: Sie sollen Bau und Betrieb des Bades übernehmen. Das hat zweifellos steuerliche Vorteile. Aber für die Stadtwerke bleibt eine erhebliche Belastung. Neben dem Eigenanteil an den Investitionskosten in Höhe von sechs Mio. Euro müssen Schulden gemacht werden – je teurer eine Variante, desto mehr. Und ob die Stadt – wie erhofft – ihren Eigenanteil in Höhe von 6,2 Millionen Euro vornehmlich aus Zuschüssen wird finanzieren können, steht in den Sternen.

Kommen wir zum Betriebsdefizit, also den jährlichen Kosten.

Hier sagen die Stadtwerke (wirtschaftlich verständlich!): Bei 780.000 Euro ist für uns Schluss. Der Rest muss aus der Stadtkasse kommen. Je nach Ausbaulariane wären das nach den – bestimmt nicht pessimistischen – Berechnungen der Stadtwerke zwischen 500.000 Euro (Sanierung des bestehenden Hallenbades) und 1,125 Mio. Euro (Luxusvariante Neubau). Wer soll das bezahlen?

Dass es in Bamberg ein Hallenbad gibt, das es zu sanieren lohnen würde, scheint dabei längst unter den Tisch gefallen zu sein. Gegenüber insgesamt 12 verschiedenen Varianten, die man für einen Neubau erdacht hat, steht nur eine einzige Sanierungsvariante – und die kann man nur als lieb- und phantasielos bezeichnen. Für das „alte“ Hallenbad kommen solche Konzeptentwürfe einem Todesurteil gleich. Und was dann aus dem



Das Hallenbad aus den 60er Jahren – bald Denkmalruine?

Foto: Erich Weiß

denkmalgeschützten Gebäude ohne Schwimmbetrieb würde – darauf hat bisher keiner eine Antwort.

Was will die GAL?

Bereits in der 99Z Nr. 65 hat die GAL ausführlich dazu Stellung genommen – nachzulesen unter www.gal.bamberg.de/Zeitung/99Z-65/Baeder.htm. Für die GAL kann sich ein Ja zum Hallenbadneubau nicht darauf stützen, dass die Bamberger Schwimm-Lobby laut genug danach ruft. Während andere Fraktionen ganz offensichtlich vor allem darauf schielen, Wählerstimmen für 2008 zu fischen, warnt die GAL nicht nur vor schwerwiegenden Folgen für die Finanzkraft der Stadt und kommende Generationen, sowie vor einem noch größeren Schuldenberg. Die GAL fordert auch einen sorgsameren Umgang mit vorhandenen Ressourcen, zu denen eben auch ein bestehendes Hallenbad-Gebäude zählt, das nicht einfach mal abzureißen ist. Zudem sollte es Ziel ausgezogener Kommunalpolitik sein,

möglichst viele Stadtteile und Menschen mit erschwinglichen Freizeiteinrichtungen zu versorgen und nicht ein einziges Spitzensport-Super-Bad am Stadtrand aus dem Boden zu stampfen. Auch vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft sollte erst eine bedarfs-

gerechte Analyse gemacht werden. Was braucht Bamberg und was kann es finanzieren? Diese Fragen müssen geklärt werden. Fazit: Ein Patentrezept kann es im Moment noch nicht geben. Wahlpopulistisch-vollmundige Versprechungen sind jedoch fehl am Platz.

einmalige Investitionskosten	Variante 1 Neubau	Variante 2 Neubau	Variante 3 Neubau	Variante 4 Neubau	Variante 5 Sanierung
Gesamtinvestition	22.967.066 €	26.921.293 €	23.105.801 €	23.495.045 €	11.364.191 €
Eigenanteil der Stadt	6.200.000 €	6.200.000 €	6.200.000 €	6.200.000 €	0 €
Eigenanteil Stadtwerke	6.000.000 €	6.000.000 €	6.000.000 €	6.000.000 €	6.000.000 €
von den Stadtwerken aufzunehmende Schulden	7.291.652 €	10.614.532 €	7.408.236 €	7.735.332 €	3.549.740 €
jährliche Kosten					
jährliche Zinsen für Schulden	401.041 €	583.799 €	407.453 €	425.443 €	195.236 €
jährliche Kosten für Betrieb, Personal usw.	1.730.804 €	2.069.143 €	1.767.238 €	662.194 €	1.231.790 €
prognostizierte Einnahmen aus Badebetrieb und von Vereinen/Schulen	875.171 €	1.302.241 €	929.576 €	1.062.250 €	wird noch ermittelt
jährliches Defizit	1.699.729 €	1.904.519 €	1.692.056 €	1.679.231 €	1.280.350 €
Defizitanteil für den städtischen Haushalt	919.729 €	1.124.519 €	912.056 €	899.231 €	500.350 €

Quelle: Handout der Stadtwerke (www.stadtwerke-bamberg.de, Rubrik Aktuelles)

Vom Landkreis ist kein Geld zu erwarten!

Die mittlerweile mehrfach geäußerte Hoffnung, der Landkreis werde sich an der Finanzierung eines neuen Hallenbads in Bamberg beteiligen, entbehrt jeglicher Grundlage, ja sie widerspricht sogar dem bayerischen Kommunalrecht. Freizeithallen gehören eindeutig zum Bereich der freiwilligen Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden. Da darf der Landkreis gar nicht tätig werden – und schon gleich gar nicht außerhalb des Kreisgebiets. Die kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Bamberg würden sich „bedanken“, wenn ihre Kreisumlage für ein

Hallenbad in Bamberg „verbraten“ und damit auch noch ihren eigenen Bädern Konkurrenz gemacht würde. Allenfalls der Zweckverband für Gymnasien, an dem der Landkreis derzeit mit mehr als 50% beteiligt ist, könnte sich für den Bereich des Schulsports an der Finanzierung und am Unterhalt des neuen Hallenbads beteiligen – aber nur für den. Wenn aber das bestehende Hallenbad am Margaretendamm dem Zweckverband und den Schulen für Schulsport überlassen werden sollte, dann wäre die Zuschussfrage für den Neubau endgültig erledigt ...

Voll daneben

Weltkulturerbe-Titel in Gefahr?

Kanaldeckel entsprechen nicht internationalen ästhetischen Standards – GAL fordert Gestaltungswettbewerb

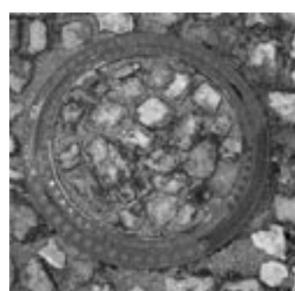
Nach der Mülleimer-Initiative von CSU-Stadträtin Birgit Dietz, die sich im Sommer 2006 für mehr Ästhetik bei den Bamberger Abfallbehältern einsetzte (der FT berichtete in viel beachteten Artikeln), startet die GAL nun eine Kanaldeckel-Kampagne.

Wie die baupolitische GAL-Sprecherin Petra Friedrich der 99Z exklusiv berichtete, hat ihre Fraktion bei dem renommierten italienischen Kanaldeckel-Experten Prof. Dr. Maxelino Gullio ein Gutachten über die städtebauliche Qualität der Bamberger Kanaleinstiegsschachtdeckel in Auftrag gegeben. Friedrich hält es für unabdingbar, dass Bamberg auch auf niedrigstem Niveau Weltkulturerbestatus beweist.

Der herkömmliche Bamberger Kanaldeckel ist laut Gullio, der auch als Schachtdeckel-Beauftragter der UNESCO ein viel gefragter Mann ist,

zwar praxistauglich, jedoch ästhetischen Ansprüchen nicht genügend. Wie er mitteilte, plant die UNESCO-Kommission für dieses Jahr eine neue „Richtlinie für den Denkmalschutz von Kanalschachtoberbedeckungen im Straßenraum von Welterbestätten“. Den Anforderungen dieser Richtlinie werden die meisten Bamberger Exemplare nicht standhalten, prophezeit Gullio. Investitionen in Millionenhöhe werden voraussichtlich auf die Stadt als dem zuständigen Abwasserbeseitigungspflichtigen zukommen, um die Abdeckungen der Bamberger Unterwelt den dann geltenden Standards anzupassen und den Weltkulturerbe-Titel nicht zu verlieren.

GAL-Stadträtin Friedrich fordert deshalb die Ausschreibung eines europaweiten, gut dotierten Wettbewerbs für die Gestaltung der Kanaldeckel. Und sie denkt auch gleich weiter: „Sobald wir mit den Mülleimern und den Kanaldeckeln durch sind, müssen wir uns dringend auf die Blitzableiter, Regenfallrohre und Bordsteinkanten konzentrieren – es gibt noch viel zu tun!“



Dezent, aber einer herausragenden Weltkulturerbestätte dennoch unwürdig: Herkömmlicher Runddeckel mit historischer Tarnplasterung in der Alten Hofhaltung.



Eines der wenigen Schmuckstücke: Historischer gusseiserner Deckel mit Blumenornamentik und – aus Sicht der Grünen besonders wertvoll – angrenzender Pflasterfugenvegetation.



Das will die GAL künftig per Ortsrecht verbieten: Parken auf Kanaldeckeln.



Ein Graus: Der in Bamberg meistverbreitete Kanaldeckel mit großflächiger Betonfüllung – nach Meinung von Prof. Gullio gewöhnlich, phantasielos und unästhetisch.



„Immerhin ein Versuch der Aufwertung“, meint Petra Friedrich zu diesem herkömmlichen Rosettendeckel mit gepflasterter Segmentierung.



Kein Plazet in den Augen des Fachmanns, Prof. Gullio: Rosettendeckel mit Segmentfüllung aus Asphalt mitten im hochwertigen Kopfsteinpflaster des Weltkulturerbes.

Fotos: Sylvia Schaible

Handschrift des Oberbürgermeisters? Allenfalls unleserlich!

Der erste Haushalt unter dem neuen Oberbürgermeister Andreas Starke hätte spannend werden können. Kündigte er doch vollmundig in der Presse an, dass im Etat 2007 „seine Handschrift erkennbar“ werden sollte. Doch „Neues oder gar Rotes im Rathaus“ ist nicht zu vermischen. Weder der Haushalt noch die Haushaltsberatungen waren anders als sonst. Die seit Jahren funktionierende schwarz-rote Koalition funktioniert auch unter einem roten Oberbürgermeister. Die GAL-Fraktion schenkte dem OB denn auch bei der Haushaltsübergabe einen dicken roten Farbstift – vielleicht wird's ja nächstes Jahr anders ...

Hier einige atmosphärische Schlaglichter als Rückblick auf einen verpassten Politik-Wechsel.

Lieber Straßenteer als Schultafel

„Mehr Geld für Sport und Schulen“ lautete die Schlagzeile eines FT-Artikels, in dem der neue Oberbürgermeister Andreas Starke die Ausrichtung des ersten Haushalts seiner Amtszeit darlegte. Doch mit angesetzten 1,1 Mio Euro blieben die von Starke vorgesehenen Ausgaben für Schulen lediglich im Durchschnitt der letzten Jahre.

Das wollten die GAL-Stadträtinnen ändern und beantragten für den Bauunterhalt an Schulen 200.000 Euro mehr Investitionen, außerdem eine zusätzliche Klasse an der Wirtschaftsschule und eine neue Arbeitsstelle für Schulsozialarbeit an Hauptschulen. Vergeblich. Die Stadtratsmehrheit aus CSU und SPD, inklusive Oberbürgermeister, lehnten die Anträge ab. Schon gar nicht wollte man sich auf die Finanzierungsvorschläge der GAL einlassen – höhere Parkgebühren und weniger Geld für den Straßenbauunterhalt. Der rot-schwarzen Mehrheit ist also auch nach dem OB-Wechsel der Straßenteer näher als die Schultafel.

Keine Belohnung für Stieringer

Nicht ganz so erfolgreich wie bei der Unterbringung seiner Wahlkampf-Managerin (siehe Rubrik *Rathausmagazin* – „Pressestelle macht mobil“) war Oberbürgermeister Andreas Starke bei Stadtmarketing-Geschäftsführer Klaus Stieringer. Der bullige Einzelhandelsvertreter, der den OB-Kandidaten während des Wahlkampfs gerne im orangefarbenen Anorak begleitete und wie ein Bodyguard auf allen möglichen Erfolgsfotos hinter dem Sieger Starke auftauchte, musste auf seine Belohnung verzichten.

Starke wollte den Zuschuss von 71.500 Euro, den die Stadt Bamberg jährlich unter anderem für die Stelle des Geschäftsführers an den Stadtmarketing e.V. zahlt, auf drei Jahre festschreiben. Ein absolutes Novum, denn üblicherweise müssen alle Einrichtungen, alle Verbände, alle Vereine sich jedes Jahr erneut um ihre Förderung bemühen. Deshalb sah wohl auch die Stadtratsmehrheit keine Veranlassung, neuerdings ausgerechnet beim Stadtmarketing-Verein eine Ausnahme zu machen.

Der Zuschuss für 2007 wurde deshalb zwar wie erwartet in den Haushalt eingestellt. Darüber hinaus konnte Starkes treuer Wahlkampfgefährte vorerst aber keine weitere Förderzusicherung einstreichen.

Hoppla, wer stimmt denn da zu?

Auch wenn die GAL im Gegensatz zu den anderen Stadtratsfraktionen die meisten Anträge zum Haushalt 2007 stellte (wie jedes Jahr), wurden diese mit schöner Regelmäßigkeit (auch wie jedes Jahr) von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

Bis auf einen Antrag – was die GAL selbst überraschte. Die GAL wollte die Mittel für die Jugendarbeit um 5% erhöhen. Nachdem dieser Etatposten in den letzten Jahren aufgrund der schlechten Haushaltslage gekürzt worden war, waren wohl auch einige Stadtratskollegen und -kolleginnen der Ansicht, man könnte jetzt wieder etwas nachlegen. Bei der Debatte im Senat begründete GAL-Sprecher Peter Gack den Antrag, kein anderer Stadtrat meldete sich zu Wort – doch bei der Abstimmung hoben plötzlich einige und schließlich dann alle Mitglieder von SPD und CSU die Hand. Nur OB Starke (SPD) und Bürgermeister Hipelius (CSU) nicht. Sie waren ebenso wie die GAL-VertreterInnen höchst erstaunt und verduzt über solch spontan-unkonventionelle Zustimmungsbereitschaft.

Tunnel mit vielen Vätern und Müttern

Im diesem Jahr wird vermutlich der Bau der Fußgängerunterführung von der Brennerstraße zum Bahnhofsvorplatz endlich in Angriff genommen. Und die CSU heftet sich diesen Erfolg gerne ans Revers. Doch der Tunnel-Plan hat schon eine längere Geschichte hinter sich, noch bevor überhaupt der erste Spaten angesetzt wird.

Ende der 90-er Jahre kam die Idee erstmals aufs Tapet und wurde allgemein begrüßt. Verhandlungen mit der Bahn zogen sich hin. Erst vor vier Jahren setzte man dazu an, Gelder im Haushalt bereit zu stellen. Das aber ausgerechnet in einem Jahr, in dem die Gewerbesteuererinnahmen einbrachen und die Stadt fast ihre gesamten Rücklagen aufzehren musste. Deshalb stimmte die GAL damals auch dagegen, aus finanzpolitischen Gründen – und musste sich eine Salve von Vorwürfen anhören mit dem Tenor „GAL ist gegen Fußgänger“. Gebaut wurde trotzdem erst mal nicht, das Geld dazu war eben wirklich nicht da. Mittlerweile sieht die Haushaltslage der Stadt nach langer Zeit wieder besser aus, weshalb die GAL bei den Haushaltsberatungen erste Mittel für den Bau des Bahnhofstunnels beantragte. Höchst überrascht waren da die KollegInnen der CSU und stimmten – natürlich – dagegen. Das hinderte sie aber nicht daran, ein paar Wochen später denselben Antrag selbst nochmal zu stellen und sich nun mit der Initiative Bahnhofstunnel öffentlich zu brüsten. Aber sei's drum – ein Tunnel hat eben viele Väter und Mütter.

Punktsieg nach Anträgen für die GAL

Die GAL ist nach wie vor die einzige Fraktion, die das Wort „Haushaltsberatung“ wirklich ernst nimmt. Alle anderen Fraktionen sind in der Regel mit der Haushaltsvorlage der Kämmerei zufrieden und würden am liebsten nach einer Stunde alles abgestimmt haben. Das hat sich auch unter OB Andreas Starke nicht verändert, im Gegenteil: Die traditionell auf drei Nachmittage angesetzte Debatte peitschte Starke an einem Nachmittag durch – und zwar den gesamten allgemeinen Teil, den Kameralhaushalt, alle Stiftungshaushalte und die gesamten Zielvorgaben des Beteiligungscontrollings für die städtischen Betriebe.

Von der GAL kamen 25 Änderungsanträge, die das Gremium zumindest ansatzweise zu politischer Aktivität und Argumentation zwangen. Von den Fraktionen CSU, SPD und FW-BR wurde jeweils ein Antrag gestellt, von den „Bambergern“ und übrigen Stadtratsmitgliedern gar keiner. Dass CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Müller diese Debatte in seiner Haushaltsrede dann am Ende als „die Stunde des Parlaments“ bezeichnete, machte die haushaltspolitische Posse perfekt.

RATHAUSMAGAZIN

Pressestelle macht mobil

Wundern Sie sich bloß nicht, wenn künftig die Stadt Bamberg in aller Munde ist. Uns steht eine wahre Publikationsschwemme bevor. Inzwischen arbeiten in der Pressestelle im Rathaus nämlich 5 Personen auf 4,5 Stellen.

Der neue Oberbürgermeister Starke hat dort ganz schön stark aufgerüstet. Unter OB Lauer gab es noch 2,5 Planstellen in der rathausinternen Schreibstube, plus eine für die Zeit des Brückenbaus begrenzte Journalisten-Stelle. Nun hat OB Starke zwei neue feste Planstellen geschaffen. Und dabei wird nicht gekleckert, sondern geklotzt: Auf SekretärInnen-Niveau läuft bei Starkes Öffentlichkeitsoffensive gar nichts. Ausnahmslos AkademikerInnen kommen hier zum Einsatz – selbstredend mit der entsprechenden Bezahlung.

Bei der Gelegenheit konnte Starke sich auch gleich bei seiner Wahlkampfkoordinatorin Ulrike Siebenhaar für erwiesene Dienste erkenntlich zeigen. Sie wurde mit einer der Planstellen versorgt, ohne dass diese vorher öffentlich ausgeschrieben wurde – was eigentlich üblich gewesen wäre, bei einer Neueinstellung auf diesem Gehaltsniveau.

Mit dieser Ausstattung steht Bamberg nun an der Spitze vergleichbarer Städte in Bayern, wie ein von der Stadt selbst erstellter „interkommunaler Vergleich“ ergab.

So gesehen dürfte es also nur noch eine Frage der Zeit sein, bis das „Rathaus-Journal“ mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis ausgezeichnet wird. Die 99Z-Redaktion wartet schon gespannt.

Kostenplanung ohne Planungskosten

Dass es im Rathaus planlos zugeht, ist ein böses Gerücht. Nur dummerweise bewahrheitet es sich immer mal wieder – zumindest in Einzelfällen. Ein solcher echt kopfschüttelnswerter Fall ist beim Parkplatzausbau für die Jako-Arena geschehen.

Die neuen Parkplätze gingen ja auf Rechnung der Stadtwerke, aber die nötigen Kreuzungsumbauten, die Lichtsignalanlage und den Bussteig übernahm die Stadt selbst in ihren städtischen Haushalt. Und da ergab die Endabrechnung eine böse Überraschung: Statt 271.000 Euro veranschlagter Kosten, lag die Abschlussrechnung um 100.000 Euro höher. Wie das?

66.000 Euro Mehrung ergaben sich nach Auskunft der Stadtverwaltung durch baulich bedingte Mehrkosten – so etwas kommt vor, ist in dieser Höhe aber ziemlich ärgerlich. Und angesichts der Häufigkeit solcher Rechenfehler in letzter Zeit fragt man sich schon, wie weit man den Kostenschätzungen der Verwaltung überhaupt noch trauen kann.

Die Luft blieb einem aber weg bei der Begründung für die übrigen Mehrkosten von 34.000 Euro: Das waren die Planungskosten und die hatte man schlicht und ergreifend vergessen, überhaupt einzukalkulieren. Da aber Pläne auch am Maxplatz nicht vom Himmel fallen, musste dieser Betrag natürlich letztendlich gezahlt werden.

Spruch ausm Stadtrat:

Brigitte Kischel (CSU) bei einer Sitzung des Sozialhilfeausschusses: „Der Bumerang geht nach hinten los.“

Dr. Helmut Müller (CSU) bei einer Stadtratsdebatte über verkaufsoffene Sonntage: „Es gibt andere Kriegsschauplätze, wo wir das Abendland verteidigen.“

Pankraz Deuber (CSU) zur Luitpoldschule: „Es ist ein seidener Faden, auf dem sich die Schule seit Jahren bewegt.“

Monika Bieber (SPD) zur Auflösung der Teilhauptschulen: „Wenn die Ratsmehrheit der Meinung ist, dass wir den Blödsinn machen, dann machen wir ihn eben mit.“

Thomas Brändlein (CSU): „Wir sollten die Resolution mit großer Mehrheit einstimmig beschließen!“

okologisches

kreative Wandgestaltung mit Naturfarben
Wir zeigen Ihnen viel

neue Workshop-Termine:
Sa: 24. März 07 } Wandmalerei,
Sa: 21. April 07 } Lehm-Streichputze
jeweils ab 14 Uhr, bitte anmelden

OKOHAUS

BAMBERG
Armeestr. 5
Tel.: 0951 - 915 20-0

www.okohaus-bamberg.de info@okohaus-bamberg.de

Farben
Holzbohlen
Bodenbeläge
Dämmstoffe
Stoßke-Stühle
Wandarbeiten
Schadstoff- und
E-Smog-Messung

Drucksachen aller Art

Aufkleber – Blocks – Briefbogen – Briefhüllen –
Broschüren – Bücher – Dissertationen – Durch-
schreibesätze – Flyer – Formulare – Gedenkbilder –
Hochzeits- und Weihnachtskarten – Kalender –
Magazine – Mitteilungsblätter – Plakate – Prospekte –
Schreibunterlagen – Schülerzeitungen –
Versandtaschen – Wochenblätter – Zeitungen

Qualitätsbewusst – termintreu – zum fairen Preis!

Obermain-Tagblatt

Reundorfer Straße 2 · 96215 Lichtenfels
Telefon 09571/788-11/-50 · Telefax 09571/788-36
E-Mail: technik@obermain.de

www.obermain.de

Krach macht krank

Wer in Bamberg am Pfisterberg, bei der Luitpoldkreuzung oder in der Hallstadter Straße wohnt, lebt gefährlich. Denn dort ist es laut, und Lärm kann krank machen. Das hat die Europäische Union erkannt und vor fünf Jahren die „Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ erlassen. Da Verkehrslärm als Lärmquelle Nummer Eins gilt, wird das vor allem Auswirkungen auf das Wohnen an viel befahrenen Straßen haben. Auch einige in Bamberg gehören dazu.



Der Pfisterberg – hoher Lärmpegel und erhöhte Rußwerte

Foto: Erich Weiß

66 Prozent der BundesbürgerInnen in den alten und 79 Prozent in den neuen Bundesländern fühlen sich laut einer Umfrage des Bundesumweltministeriums durch Verkehrslärm belästigt.

Und dabei ist der Krach von der Straße nicht nur eine Last, sondern auch eine Gefahr. Eine Untersuchung des Bundesumweltministeriums von 4000 Infarkt-PatientInnen hat ergeben, dass die Wahrscheinlichkeit eines Herzinfarkts um 30% höher liegt, wenn man in Gebieten mit hoher Verkehrsbelastung (65 dB) wohnt. Andere Risikofaktoren wurden dabei mit berücksichtigt.

Auch eine epidemiologische Studie der Stadt München ergab ein erhöhtes Erkrankungsrisiko bei lautem Straßenverkehrslärm ab 65 dB.

onenschutzgesetzes und einer entsprechenden Durchführungsverordnung, die seit 2005 bzw. 2006 in Kraft sind.

Demnach gelten alle Straßen mit mehr als 6 Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr (entspricht 16.400 pro Tag) als belastet und müssen bis zum 30. Juni 2007 kartiert werden. Das heißt: Vor Ort sind Lärmmessungen durchzuführen, um die exakte Lärmbelastung nachzuweisen. Ergeben diese Messungen einen Handlungsbedarf, müssen im folgenden Jahr laut Gesetz Lärmaktionspläne mit geeigneten Maßnahmen zur Lärmreduzierung erarbeitet werden.

Zuständig hierfür sind die Bundesländer. Allerdings ist man sich bisher nicht einig darüber, ab welchem Lärmpegel Aktionspläne nötig sind. Das

Bundesumweltministerium schlägt Tageswerte von 65 dB und Nachtwerte von 55 dB als Grenzwerte vor. Viele Bundesländer wollen die Notwendigkeit von Lärmreduzierungsmaßnahmen aber erst ab 75 dB bzw. 65 dB anerkennen, denn Lärmreduzierung kostet Geld und da sagen sich die meisten Finanzminister: Lieber laut als teuer.

In Bayern ist das Landesamt für Umweltschutz derzeit dabei, Lärmkarten für 3000 Kilometer Hauptverkehrsstraßen in rund 500 bayerischen Kommunen zu erstellen. In Bamberg kann das LiU dabei auf eine Verkehrslärmkarte aus dem Jahr 1997 zurückgreifen, die allerdings nicht auf akustischen Messungen, sondern auf Zählung des Kfz-Aufkommens beruht.

Aufgrund dieser Daten stehen an einigen Bamberger Straßen in den nächsten Jahren Maßnahmen zur Minderung des Verkehrslärms an – und es sind nicht gerade Überraschungskandidaten darunter, sondern altbekannte Ecken, die seit langem unter der Last des Durchgangsverkehrs stöhnen: etwa die Königstraße, die Memmelsdorfer Straße oder die Luitpoldstraße. Bei vielen von Ihnen wurden vor Jahren bereits Grenzüberschreitungen bei der Ruß- und Benzol-Belastung festgestellt. (Siehe Tabelle unten)

Maßnahmen von Tempo 30 bis City-Logistik

Um die Lärmbelastung für AnwohnerInnen viel befahrener Straßen zu mindern, kann man an zwei Hebeln ansetzen: an den Häusern oder an der Straße. Wo Lärmschutzwände unmöglich sind, wie bei den meisten Innenstadt-Straßen, bleibt beim baulichen Lärmschutz nur noch die Möglichkeit, Lärmschutzfenster nachzurüsten. Solche Lärmschutzprogramme werden in Kommunen aufgelegt, in Bamberg hat sich der Umweltsenat zuletzt 1996 damit befasst – und ein solches Projekt abgelehnt, aus Kostengründen.

Beim Verkehr kann man hingegen vielfältiger ansetzen: Einen Unterschied macht schon der Straßenbelag: Eine Pflasterdecke ist bei Tempo 50 um 6 dB geräuschvoller als eine Asphaltdecke. Nur kann man freilich in einer Weltkulturerbestadt wie Bamberg historisches Kopfsteinpflaster nicht so einfach mit einer Teerschicht überdecken.

Da beim Verkehr gilt, je größer, desto lauter, bringt eine Tonnage-Beschränkung für den Schwerlastverkehr ebenfalls etwas Erleichterung. Im Jahr 2001 hat die Stadt Bamberg ihr Schwerlastverkehrsnetz zuletzt überarbeitet und entsprechend neue Ausschilderungen vorgenommen. Was jedoch bisher nie forciert wurde – obwohl von der GAL immer angemahnt – ist die Einführung eines City-Logistik-Systems zur Belieferung der innerstädtischen Geschäfte und Betriebe. Bis heute fährt jeder einzelne Lkw jeden einzelnen Laden in der Stadt an. Über ein City-Logistik-System würden diese vielen Fahrten gebündelt und Lieferungen zusammengefasst – der Schwerlastverkehr in der Innenstadt würde weniger.

Kommunen können in belasteten Straßen die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 Stundenkilometer reduzieren. Auf der durchschnittlichen Lärmpegel-Skala bringt das zwar nur 2 dB, aber weit mehr beeinflusst es das individuelle Lärmempfinden, weil dieses auch vom Momentanpegel der vorbeifahrenden einzelnen Fahrzeuge abhängt. Den letzten Vorstoß hierzu gab es in Bamberg im Jahr 2000 im Zuge der Diskussion über erhöhte

te Ruß- und Benzolwerte in einigen Straßenzügen. Die vorgeschlagenen Tempo-30-Limits fanden damals aber keine Mehrheit im Stadtrat.

Neuer Drive für Verkehrspolitik?

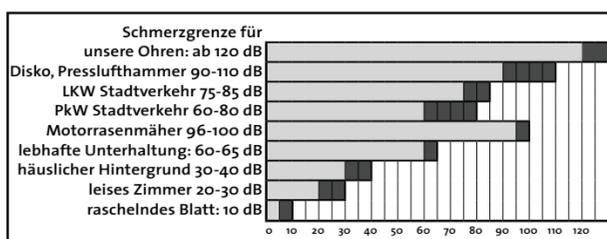
Und schließlich gibt es natürlich noch die verkehrlenkenden und -reduzierenden Maßnahmen, mit denen sich Bamberg ja bekanntlich besonders schwer tut. Ob von dem Verkehrsentwicklungsplan, der vom Stadtrat im Jahr 2000 beschlossen wurde und seither tropfenweise umgesetzt wird, allerdings viel in Sachen Lärm zu erwarten ist, lässt sich bezweifeln. Denn das Ziel des Plans ist nicht eine Verkehrsreduzierung, sondern es nennt sich „Plafondierung“. Hier heißt das: Die Anteile der Verkehrsträger an den Gesamtverkehrsleistungen (Modalsplit) sollen unverändert bleiben. Insgesamt wird der Verkehr aber laut Prognose um ca. 20 % zunehmen, also – weil sich ja am Modalsplit nichts ändern soll – wird auch der Autoverkehr und damit auch die Lärm- und Schadstoffbelastung um 20 % zunehmen. Die GAL hatte sich bei Beschluss des Verkehrsentwicklungsplans mit der Zielvariante „Umverteilung“ nicht durchsetzen können. Das hätte bedeutet, dass die prognostizierte Verkehrszunahme auf den Umweltverbund (Bus, Radfahren und zu Fuß gehen) zu verlagern wäre. Vielleicht aber schaffen es ja auch die neuen Lärmvorschriften, neuen Drive in Richtung einer echten Verkehrsberuhigung zu bringen.

2700 Lärmtote im Jahr

Wissenschaftler rechnen so mit 2700 Lärmtoten in Deutschland pro Jahr. Der interdisziplinäre Forschungsverbund Lärm und Gesundheit an der Technischen Universität Berlin schätzt, dass das Risiko, im Laufe des Lebens aufgrund von Lärm einen Herzinfarkt zu erleiden, zehn mal so hoch ist wie das, an krebsauslösenden Luftschadstoffen zu erkranken. Ein Vergleich, der Gänsehaut verursachen kann – denn wer an einer Hauptverkehrsstraße leben muss, hat so gesehen die makabre Chance, Herzinfarkt und Lungenkrebs effizient miteinander zu kombinieren.

Gesetz schreibt Lärmreduzierung vor

Problem erkannt – Gefahr gebannt? Naja, so schnell funktioniert Bürokratie nicht. Nach Inkrafttreten der EU-Umgebungslärmrichtlinie im Jahr 2002 musste diese erst in bundesdeutsches Recht umgesetzt werden. Dies geschah mit einer Ergänzung des Bundesimmissi-



mehr als 16.000 Fahrzeuge:	mehr als 20.000 Fahrzeuge:
Memmelsdorfer Straße	Memmelsdorfer Straße zwischen Siechenkreuzung und Brennerstraße *
Friedrichstraße	Hallstadter Straße zwischen Lichtenhaidestraße und Laubanger *
Richard-Wagner-Straße ***	Königstraße zwischen Löwenbrücke und Luitpoldkreuzung *
Regensburger Ring	Ludwigstraße zwischen Zollnerunterführung und Bahnhof
Teile der Starkenfeldstraße	Pfisterstraße (Pfisterberg) **
	Luitpoldstraße zwischen Luitpoldkreuzung und Luitpoldbrücke
	Hainstraße zwischen Schönleinsplatz und Richard-Wagner-Straße
	Berliner Ring
	Münchener Ring

* auch erhöhte Werte bei Ruß
** erhöhte Ruß-Werte in der Pfisterstraße und umliegenden Straßen (Nürnberger Straße, Steinweg, Peuntstraße)
*** erhöhte Ruß- und Benzol-Werte an der Nonnenbrücke

Kfz-Aufkommen pro Tag, Stand 1997
Quelle: Verkehrsentwicklungsplan Stadt Bamberg

Brief
ans Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Betreff: „Feten im Rathaus“

Bamberg, im Februar 2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
hey Andi, altes Haus!

Das war letztes eine prima Sache, als du für den Wolfgang – den Heyder, du weißt schon, der von den Basketballern – einen richtig schicken Empfang im Renaissance-Saal im Schloss Geyerswörth gegeben hast. Anlässlich seines 50ten, mit Sekt und Orangensaft und echt offiziellen Einladungen an die Gäste und so. Fanden wir echt klasse. Der Wolfgang rackert sich in seinem Job ja auch ziemlich ab, damit die Brose Baskets mächtig Kohle scheffeln.

Jetzt hätten wir aber eine Bitte: Die Oma vom Neffen von unserer Putzfrau, die Frau Bürgerlein, die wird nämlich im März auch 50. Und das ist auch eine ganz Nette – vielleicht nicht ganz so prominent wie der Heyders Wolfgang, aber in dem Viertel, wo sie wohnt, ziemlich beliebt. Und die würde sich riesig freuen über so einen Empfang und eine kleine Ansprache von dir.

Außerdem gäbe es da noch ein mit uns befreundetes Ehepaar, die feiern bald Silberhochzeit, und der Kumpel vom Peter – auch ein ganz fleißiger – hat demnächst 40-jähriges Betriebsjubiläum.

Du hast doch bestimmt noch Termine für ein paar kleine Empfänge frei, gell?
Meld' dich doch mal bei uns!

Bis bald

Deine GAL Fraktion

Eintritt: 2 Euro
Dafür gibt es ein grünes
Begrüßungsgetränk.

Grüner Film-Mittwoch im Odeon

Fünfmal Grüner Film-Mittwoch im Februar und März 2007. Die GAL zeigt Filme im Odeon-Kino: politisch, kritisch, skurril und/oder einfach schön.

Die Reihe „Grüner Film-Mittwoch“ finanziert sich aus dem Preisgeld des GAL-Agenda-Preises, der seit 1998 jedes Jahr vergeben wird. Damit zeichnet die GAL Personen und Gruppen aus, die sich im Sinne einer Lokalen Agenda 21 einsetzen. Gespeist wird der Preis aus einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte, der die GAL-Stadtratsfraktion damals nicht zugestimmt hat und die sie seither für diesen Zweck spendet.

Auf diese Weise will die GAL das politische Engagement der Kinos Odeon und Lichtspiel und ihres Betreibers Gerrit Zachrich würdigen. Denn mit seinen Programm-Kinos zeigt er sich immer offen für gesellschaftspolitisch relevante und kritische Filme, für eine Zusammenarbeit mit Gruppierungen vor Ort und für Veranstaltungen, die bestimmte Zielgruppen ansprechen sollen. Die GAL dankt damit für einen nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil des Bamberger Kulturlebens.

21. Februar, 20.30 Uhr



Die Unzerbrechlichen

Dokumentarfilm, Deutschland 2006, 93 Minuten
Regie: Dominik Wessely

Im April 2001 muss die Glashütte Theresienthal Insolvenz anmelden – das Ende einer alten Tradition des Glasmachens. Die Botschaft scheint klar: Für ein Unternehmen, das heute noch Produkte anbietet wie vor fünfhundert Jahren, gefertigt mit Methoden wie vor fünfhundert Jahren, ist in einem globalisierten Markt kein Platz mehr.

Zwei Jahre später entdecken ein paar junge Idealisten die marode Glashütte im Bayerischen Wald. Sie glauben daran, dass etwas in Bewegung kommen kann, wenn die Menschen Veränderungen zulassen, wenn sie Mut fassen und endlich wieder ihre Phantasie einsetzen. Und heute, im Sommer 2006 glüht der Ofen tatsächlich wieder. Das Wunder von Theresienthal wurde Wirklichkeit.

„Ein sehenswerter Film über Resignation und Aufbruchstimmung, Verzweiflung, Mut und über die Hoffnung, mit Beharrlichkeit ein kleines Wunder bewirken zu können. Ein Lehrstück in Sachen Eigeninitiative!“
kino-zeit.de

28. Februar, 20.30 Uhr



Die Könige der Nutzholzgewinnung

Spielfilm, Deutschland 2005, 94 Minuten
Drehbuch: Khyana el Bitar, Matthias Keilich
Regie: Matthias Keilich
Darsteller: Bjarne Ingmar Mädel, Peter Sodann, Frank Auerbach, Steven Merting, Christina Große, Barbara Philipp

„Die Könige der Nutzholzgewinnung“ erzählt die Geschichte des lebenswerten Taugenichts Krischan, der in sein altes Waldarbeiterdorf Tanne im Osthaz zurückkehrt, um ausgerechnet dort einen Holzfällwettbewerb auf die Beine zu stellen. Mit seinem unnachgiebigen Charme überwindet er nicht nur den massiven Widerstand seiner alten Freunde Ronnie und Bert, sondern sägt auch das ganze Dorf aus Stillstand und Resignation. Mit seinem skurrilen Humor und den fein beobachteten Sorgen und Träumen arbeitsloser Holzfäller erinnert „Die Könige der Nutzholzgewinnung“ an britische Komödien.

„... ein witziger, lebenswahrer, rundum beglückender Film.“ Spiegel

„Praller, pfiffiger Spaß, an dem einfach alles stimmt: Buch, Regie und Schauspieler.“ Cinema

7. März: 20.30 Uhr



Aaltra

Spielfilm, Frankreich/Belgien 2004, 92 Minuten, OmU
Regie, Drehbuch, Darsteller: Benoît Delépine, Gustave de Kervern

Ein Dorf in der nordfranzösischen Provinz. Ein Landarbeiter und ein Büroangestellter geraten im Streit unter eine Erntemaschine (Marke „Aaltra“). Im Krankenhaus wachen sie in benachbarten Betten auf – querschnittsgelähmt.

Jetzt verfolgt jeder eigene Pläne: Während einer sich auf den Weg nach Finnland macht, um die Herstellerfirma der Landmaschine zu verklagen, möchte der andere endlich die Motocross-Legende Steven Everts live erleben. Doch schon am nächsten Bahnhof kreuzen sie die Wege der beiden und sie beschließen widerwillig, den anstehenden Roadtrip quer durch Europa gemeinsam zu bestreiten.

„Sich über Behinderte und ihre Schwierigkeiten im Alltag zu amüsieren, ist gemein, böseartig und verachtenswert. Der einzige Anlass, bei dem ungestraft gelacht werden darf: „Aaltra“. Ein Rollstuhlfahrer-Road-Movie mit durchdacht eingesetzter Situationskomik und hücreichend minimalistischen Bildern.“ filmstarts.de

14. März: 20.30 Uhr



Enron – The smartest guys in the room

Dokumentarfilm, USA 2005, 109 Minuten
Regie, Drehbuch: Alex Gibney

ENRON steht für den größten Finanzskandal der US-Wirtschaftsgeschichte. Der Energiekonzern, bei dessen Insolvenz 20.000 Menschen ihren Job verloren, gründete sein Geschäft auf konsequentem Bilanzfälschen. Schamlos hatten die verantwortlichen Manager sich bis zum letzten Moment persönlich bereichert und zwei Milliarden Dollar an Pensionsfonds ihrer Mitarbeiter vernichtet. „Enron“ rekonstruiert die Ereignisse wie ein spannender Börsenkrimi und porträtiert eine käufliche Wirtschaftspolitik.

Der Oscar-nominierte Film basiert auf dem gleichnamigen Buch der Wirtschaftsjournalisten Bethany McLean und Peter Elkind. Neben den beiden Journalisten kommen weitere Börsianer, Politiker, Rechts- und Staatsanwälte zu Wort.

„Geschicht montiert der Regisseur dabei Statements von früheren Angestellten und Analytikern mit Aufnahmen aus dem Gerichtssaal, konzerninternen Videos und Archivmaterial zu einem auftrütelnden Kaleidoskop der Korruption und fatalen Fehleinschätzungen.“ Filmecho

21. März: 20.30 Uhr



Madeinusa – Das Mädchen aus den Anden

Spielfilm, Peru/Spanien 2005, 100 Minuten, OmU
Buch und Regie: Claudia Llosa
Darsteller: Magaly Solier, Yiliana Chong, Carlos Juan de la Torre, Juan Ubaldo Huamán

Madeinusa heißt eine junge India-Frau in den peruanischen Anden. Schon ihre Mutter litt unter der Enge des Dorfes und den erstickenden familiären Verhältnissen und nannte ihre Tochter nach dem amerikanischen Markensiegel „Made in USA“.

Zur Zeit der „Heiligen Woche“, einem bizarren religiösen Fest, verschlägt es einen Fremden, einen jungen Fotografen namens Salvador, ins Dorf. Er verliebt sich auf den ersten Blick in Madeinusa, und diese sieht in ihm eine Möglichkeit, aus dem Dorf zu entkommen. Doch dann läßt ihr misstrauischer Vater den „Gringo“ einsperren, und während das Dorf im Festtagstauel versinkt, überschlagen sich die Ereignisse ...

Der mit einer guten Portion schwarzen Humors getränkte Erstlingsfilm der 29jährigen Peruanerin Claudia Llosa zeigt eine archaische Indio-Kultur und ihre Widersprüche.

„Eine ironische Fabel über den Zusammenstoß von Altem und Neuem.“ Film.at

Termine

Montag, 5. März 2007, 17-18 Uhr:

Polit-Rondo mit der GAL-Stadtratsfraktion, Rondo-Café am Schönleinsplatz

Samstag, 11. März 2007, ab 11 Uhr:

Café Grün, Frühstückstreff mit den Bamberger Grünen, Café DaCaBo am Heumarkt

Donnerstag, 22. März 2007, 19.30 Uhr:

Schule anders denken? Podiumsdiskussion mit MdL Simone Tolle und weiteren VertreterInnen aus Wissenschaft, Pädagogik und Politik, Neues Palais, Luitpoldstr. 40a

Samstag, 24. März 2007, 14-17 Uhr:

Tag der offenen Tür bei der GAL-Stadtratsfraktion, Fraktionshaus am Grünen Markt 7, 2. Stock

Montag, 2. April 2007, 17-18 Uhr:

Polit-Rondo mit der GAL-Stadtratsfraktion, Rondo-Café am Schönleinsplatz

Samstag, 14. April 2007, ab 11 Uhr:

Café Grün, Frühstückstreff mit den Bamberger Grünen, Café DaCaBo am Heumarkt

Das neue digitale
Kopier- &
Druckzentrum

COPY SHOP

Buchbinden, schnelles & hochwertiges Ausdrucken von Diplomarbeiten, Facharbeiten und Bewerbungsunterlagen.

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg
(im ehemaligen Bürozentrum Kutz) Tel. 0951-982120, Fax 9821233

info@copy-shop-bamberg.de

tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr

Notdienst Telefon 0170 -6163532

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenauzug
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Milch
Obst
Käse
Pasta
Gemüse
Wein
Kosmetik
Brot

Pamina
Bio. Und genießen.

Pamina.
Inh.: Katharina Müllerschön
Austraße 14. Bamberg. Tel.: 50 99 399

illustration: comixart

Impressum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:

Ralf Dischinger, Petra Friedrich, Herbert Mackert, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Peter Zorn

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

Karikatur: Maria Sebald

Photos:
Sylvia Schaible, Erich Weiß

Gestaltung und Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 20.000
Nr. 68 / Februar/März 2007

Nehmen Sie doch Platz!

Die Kommunalwahl 2008 steht vor der Tür: Auch die GAL mit ihren derzeit sechs Stadtratsmandaten macht sich daran, ihre Liste zusammenzustellen.

Sie haben Interesse an Kommunalpolitik und identifizieren sich mit den politischen Zielen der GAL? Sie haben schon öfters daran gedacht, sich zu engagieren und eigene Ideen einzubringen? Aber sie sehen zu viele Hindernisse, glauben, dass Ihre Zeit nicht ausreicht und Sie sich nicht genug auskennen? Dann haben wir ein Angebot für Sie: Nehmen Sie Platz auf dem grünen Stuhl! Wir laden Sie ein, bei der GAL hereinzuschnuppern. Zum Beispiel am „Tag der Offenen Tür“ im GAL-Fraktionsbüro, Grüner Markt 7, 2. Stock, am Samstag, 24. März 2007, von 14 bis 17 Uhr. Kommen Sie einfach vorbei!

Sie können uns auch bei einer Fraktionssitzung und im Stadtrat besuchen. Wir erklären Ihnen, wie Kommunalpolitik in Bamberg funktioniert und wie man was erreichen kann.

Eine Parteimitgliedschaft ist keine Voraussetzung, denn die GAL ist eine offene Liste. Und vielleicht steht am Ende des Schnupperns ein politisches Engagement, das Spaß macht.

Kontakt über: Tel. 23777 oder post@gal.bamberg.de